

## **Tag der Arbeit 2024**

**Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit**

**Yasmin Fahimi**

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Hannover, 1. Mai 2024**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde!

An einem Tag wie diesem in meiner Heimatstadt sein zu können, ist mir eine besondere Freude. Aber vor allem ist es großartig, Euch alle so zahlreich und so lautstark versammelt zu sehen. An diesem 1. Mai, hier, in Hannover. Herzlich willkommen!

Der 1. Mai steht seit über 130 Jahren für unseren Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und Freiheit. Und ihr seid heute hier, weil ihr diese große, stolze Tradition weitertragt. Laut und selbstbewusst – so wie viele von Euch in den vergangenen Monaten auch ihre Forderungen laut und selbstbewusst durchgesetzt haben.

Und das lassen wir uns auch nicht nehmen. An alle, die sich bemüßigt fühlen über die Einschränkung unseres Streikrechts zu fabulieren: Wir machen verantwortliche Tarifpolitik. Aber wer Klassenkampf bestellt, kann ihn kriegen. Finger weg vom Streikrecht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben unseren historischen Auftrag mit unserem diesjährigen Mai-Motto noch einmal unterstrichen: „Mehr Lohn, Mehr Freizeit, Mehr Sicherheit!“

Wir streiten für:

- Gute Bezahlung und faire Teilhabe am Wohlstand
- Eine Arbeit, die uns Luft für die Familie lässt, für ein gutes Leben
- Sichere Arbeitsplätze

Genau diesen Anspruch verwirklichen wir durch die Kraft der Solidarität. Egal welchen Alters, egal welcher Qualifikation und erst recht egal welcher Herkunft: Wenn wir zusammenstehen, kommen alle besser voran. So verschaffen wir uns Respekt – und echte Anerkennung für die Leistung der Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitswelt. Dieser Fortschritt muss immer wieder abgesichert und neu erkämpft werden.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der 1. Mai immer auch ein Tag der Mobilisierung gegen die Kräfte, die unseren Zielen und Werten entgegenstehen. Und ich sage daher ohne Umschweife: Wir Gewerkschaften müssen und werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um die extrem Rechten zu stoppen und ihr spaltendes Treiben zurückzudrängen.

Mit ihren Verbündeten haben sie widerliche Pläne geschmiedet, wie sie unliebsame Menschen aus Deutschland deportieren können. Sie meinen unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Freundinnen und Freunde. Sie meinen Menschen, die sie abwerten wegen ihrer Herkunft. Sie meinen Menschen, die ihnen politisch nicht passen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer die Beschäftigten versucht zu spalten, wer Kolleginnen und Kollegen nach Kategorien, wer Arbeiter nach erster und zweiter Klasse einteilt, der will unsere Werte und unsere Erfolge zunichtemachen. Das werden wir nicht zulassen: Nie wieder ist jetzt!

Gewerkschaften, das ist der solidarische Zusammenschluss der Beschäftigten, um eine selbstorganisierte Macht zu entfalten – unabhängig von Regierungen. Genau das ist der extremen Rechten aber ein Dorn im Auge. Und wird es immer bleiben.



Warum? Weil Unabhängigkeit und Macht aus eigener Kraft immer im Widerspruch steht zu den autoritären Allmachts- und Kontrollphantasien der rechten Ideologen. Am Ende wollen sie auch uns Gewerkschaften abschaffen. Aber wir freien Gewerkschaften waren und bleiben stets die Feinde der Faschisten!

Im Bündnis mit Sozial- und Umweltorganisationen, mit Kultur- und Sportverbänden, mit den Religionsgemeinschaften und vielen anderen werden wir daher in jeder Woche weiter mit Initiativen vor Ort Flagge zeigen – solange, bis die braunen Hetzer in ihre Schranken verwiesen wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jetzt muss es überall in der Welt darum gehen, die Kräfte zu stärken und zu ertüchtigen, die auf ein demokratisches, friedliches Miteinander setzen. Lasst uns deshalb auch am 9. Juni, am Tag der Europa-Wahl, ein starkes Zeichen setzen für ein starkes und vereintes Europa.

Wir wollen ein Europa für die Menschen und ein gutes und friedliches Miteinander. Ein Europa der Märkte, wie es einige fordern – oder umtiteln in „ein Europa der souveränen Staaten“ – ein solches Europa wäre ein enormer sozialer Rückfall.

Wir haben gerade in den vergangenen Monaten auf europäischer Ebene viele wichtige Forderungen durchsetzen können:

- die Mindestlohn-Richtlinie, die auch eine Tarifbindung von mindestens 80% in jedem Mitgliedsstaat verlangt;
- ein europäisches Lieferkettengesetz, das unsere Gesetzgebung auf nationaler Ebene zusätzlich absichert;
- Verordnungen zu Plattformarbeit und Künstlicher Intelligenz.

Das alles hilft uns in unserem Kampf für gute Arbeit. Das dürfen wir uns jetzt nicht kaputtmachen lassen! Ein Zurück zu einem Europa der nationalen Abschottung wäre gerade für Deutschland eine wirtschaftliche Katastrophe! Und dadurch wären mindestens 2,2 Millionen Arbeitsplätze unmittelbar betroffen.

Natürlich gibt es genug, was wir in Brüssel ändern wollen. Aber das Europa, in dem wir heute leben, ist das Beste, was es in der Geschichte dieses Kontinents je gegeben hat. Deshalb kommt es bei der Europawahl auf die Stimme jeder und jedes Einzelnen von uns an. Also geht bitte alle zur Wahl!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir blicken auch auf die Länder außerhalb der EU. Auch in diesem Jahr gilt unsere Solidarität all jenen, die in Krieg und Terror ums nackte Überleben kämpfen.

In der Ukraine müssen die Menschen sich seit mehr als zwei Jahren gegen den Aggressor Putin verteidigen. Ein Diktator, der willkürlich territoriale Souveränität missachtet und sein eigenes Volk belügt, unterdrückt und in einen sinnlosen Krieg führt.

Unsere Solidarität gilt daher den Menschen in der Ukraine. Sie gilt es zu unterstützen, weil sie nicht nur für ihre Souveränität kämpfen, sondern auch versuchen, den Kriegstreiber Putin aufzuhalten, der den gesamten Frieden in Europa bedroht. Unsere Solidarität gilt ebenso den mutigen Oppositionellen in Russland, die an ein freies, ein demokratisches und friedliches Russland glauben und dafür mit großem Herz kämpfen.



Und auch den Familien der Menschen in Israel, die von der Terrororganisation Hamas heimtückisch massakriert wurden, gilt unsere Solidarität und unser ganzes Mitgefühl. Aufflammendem Antisemitismus stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen. Genauso trauern wir um die zivilen Opfer in Gaza, um die Menschen, die dort am Ende selbst Leidtragende des Hamas-Terrors wurden und nun ums nackte Überleben kämpfen.

Die Waffen müssen endlich ruhen. Und unseren befreundeten Gewerkschaften in diesen Ländern helfen wir, wo wir können, im konkreten, direkten Austausch in der internationalen Gewerkschaftsfamilie und in bilateralen Kontakten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unruhigen, krisenhaften Zeiten waren und bleiben wir die Schutzmacht der Beschäftigten. Auf uns Gewerkschaften, auf unsere Gestaltungsmacht können sich unsere Mitglieder und die Beschäftigten in Deutschland verlassen.

Allein im vergangenen Jahr haben die Gewerkschaften des DGB für rund elf Millionen Beschäftigte neue Tarifverträge verhandelt. Ich sehe hier die Kolleginnen und Kollegen von ver.di. Ich war letztes Jahr bei einigen Eurer Kundgebungen. Großartig! Gemeinsam habt ihr im Rahmen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes oder bei der Post zig-tausende Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gebracht, um euren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mit ausgezeichneten Ergebnissen. Das zeigt: Unsere Tarifverträge sorgen für mehr Lohn, für faire Bezahlung und geregelte Arbeitszeiten. Herzlichen Dank dafür!

Die NGG hat es geschafft, dass große Molkereien jetzt wieder tarifgebunden sind. Als Ergebnis stand eine Lohnsteigerung von bis zu 40% für die Kolleginnen und Kollegen im Osten. Das ist ein riesiger Erfolg – herzlichen Glückwunsch! Das macht Mut und Lust auf mehr!

Aber es ist auch ein Beispiel für den gigantischen Nachholbedarf in den tariflosen Betrieben und Branchen. Beschäftigte bleiben dort dem mehr oder weniger gutem Willen des Arbeitgebers unterworfen. Aber erst Tarifverträge verhelfen Beschäftigten zu ihrem guten Recht, machen sie zu freien Menschen in der Arbeitswelt.

Tarifverträge regeln faire Löhne, Arbeitszeiten und in einigen Fällen auch die Personalbemessung. Gewerkschaften und Betriebsräte sorgen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und Langzeitkonten dafür, dass eben nicht bis zum Umfallen gearbeitet werden muss. Wir sorgen dafür, dass es Arbeitszeiten gibt, die berufstätigen Familien noch ein echtes Familienleben ermöglichen.

Wenn einige jetzt also darüber fabulieren, man müsse „Lust auf Arbeit“ machen, dann wird so getan, als wären die Beschäftigten in Deutschland faul und wenig leistungsbereit. Das geht an der Realität der Arbeitswelt doch völlig vorbei und ist einfach respektlos!

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland zwischen 1,3 und fast 2 Milliarden Überstunden geleistet – und weit mehr als die Hälfte davon unbezahlt.

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,

der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das mal für Sie nachgerechnet: Wenn man unbezahlte Überstunden steuerfrei stellt, dann hat man genau 0 Euro mehr! Toller Anreiz!



Wenn Sie denn dann Leistung besser anerkennen wollen, sorgen Sie doch erstmal dafür, dass überhaupt alle Überstunden bezahlt werden. Die ganze Idee ist unseriös, rechtsunzulässig und einfach verrückt!

Sollen etwa zukünftig die Männer wieder mehr und mehr arbeiten und die Frauen noch stärker wieder in die unbezahlte Sorgearbeit gedrängt werden?! Oder können dann künftig Arbeitgeber die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit runterschrauben, damit sie die nun neudefinierten Überstunden hinten dran steuer- und beitragsfrei auszahlen?! Natürlich sparen sie dabei zufällig Geld auf Kosten der Absicherung der Beschäftigten.

- Wer will, dass das Arbeitszeitvolumen erhöht wird, der sollte mal dafür sorgen, dass es verlässliche Ganztagschulen und KiTa-Betreuung gibt!
- Wer dem Fachkräftemangel in Deutschland beikommen will, der muss etwas tun für mehr und bessere Qualifizierung. – insbesondere für die 2,6 Millionen junger Erwachsener, die nicht ordentlich Fuß fassen auf dem Arbeitsmarkt, weil sie keine Ausbildung haben.
- Und – liebe Kolleginnen und Kollegen – wer wirklich will, dass die Beschäftigten mehr Geld für ihre Arbeit erhalten, der sollte endlich für faire Bezahlung und damit für bessere und mehr Tarifbindung sorgen! Wir fordern eine Tarifwende jetzt!

Die Tarifverträge der IG Metall oder der EVG zum Beispiel, die geben den Beschäftigten heute schon die Möglichkeit, sich zwischen mehr Freizeit oder eben mehr Lohn zu entscheiden. Diese Entscheidungsfreiheit ist eine echte Anerkennung von Leistungen und ein fairer Deal!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe bei einigen politischen Debatten in den letzten Monaten ohnehin ein seltsames Déjà-vu.

Auffällig ist, dass an die Manager ja keinerlei Anforderungen gerichtet werden. Die haben ja alles richtig gemacht. Anstrengen müssen sich nur die Beschäftigten. Aber da wird nicht nur mehr Leistungsbereitschaft von den Beschäftigten verlangt,

- nein, da wird gleich wieder unser Rentensystem schlecht gemacht.
- Da werden Menschen im Niedriglohnbereich gegen Menschen ohne Arbeit ausgespielt!
- Da wird eben unser Recht auf Streik in Frage gestellt.

Diese neoliberale Platte hat einen Sprung. Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten haben offenbar nie ihren Frieden mit unserem Sozialstaat gemacht. Sie verstehen die aktuellen Krisen als Chance zum Generalangriff.

Ich gebe euch mal ein Beispiel: Die sogenannte „Rente mit 63“! Die gibt es überhaupt nicht! Denn eigentlich heißt es „Rente nach 45 Beschäftigungsjahren“!

Eine Krankenschwester, die 1995 mit 20 Jahren angefangen hat, kann also frühestens im Jahr 2040 mit 65 Jahren abschlagsfrei und auf dem heutigen Sicherungsniveau in Rente gehen. Ohne diese Anerkennung langjähriger Versicherungszeit verlore sie aber 1.100 € im Jahr. Das Geld soll jetzt also nach den Plänen von FDP und CDU gestrichen werden?!

Wer sich so etwas ausdenkt, hat keine Ahnung vom Arbeitsalltag der Beschäftigten und den enormen Belastungen in vielen Berufen. Wir brauchen keine weltfremde Rentenpolitik mit dem Rechenschieber, sondern mehr soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, auch und gerade im Alter, Kolleginnen und Kollegen.



Nein, wir werden unseren Sozialstaat nicht kampflös aufgeben. Denn es geht nicht einfach um eine barmherzige Mindestabsicherung im Notfall. Es geht um den Versuch der Zerstückelung des größten solidarischen Gemeinschaftsprojekts der Beschäftigten dieses Landes.

- Sozialstaat heißt: eine verlässliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung,
- Sozialstaat heißt: eine einkommensbezogene Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit,
- Sozialstaat heißt: einen frühzeitigen Anspruch auf Qualifizierung in Zeiten der Transformation zu haben,
- Sozialstaat heißt: eine auskömmliche Rente im Alter.

Unser Sozialstaat muss außerdem dafür sorgen, dass Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden, dass es mehr Chancengerechtigkeit gibt.

Deswegen sagen wir auch: Saniert endlich unsere Schulen und sorgt für genug Personal, damit unsere Kinder gut aufwachsen können – als selbstbewusste, freie und mündige Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Was es eben gerade jetzt, in Zeiten des Umbruchs braucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mehr soziale Gerechtigkeit und eben mehr Sicherheit!

Für die Arbeitsplätze von morgen braucht es nicht nur guten Willen der Beschäftigten, sondern vor allem Zusagen und Investitionen – von privater und öffentlicher Hand. Doch daran fehlt es. Die öffentlichen und privaten Investitionen sind nach wie vor viel zu niedrig.

Deutschland lebt seit mindestens zwei Jahrzehnten von seiner Substanz. Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Wir sehen das an unseren Straßen, Schienen und Brücken. Wir sehen es in unseren Schulen, den fehlenden bezahlbaren Wohnungen und der veralteten Ausstattung unserer Feuerwehren und Polizeistationen.

Und neben diesem Investitionsstau, müssen wir nun einen historischen Umbau unserer Energieinfrastruktur meistern und Verwaltungen digitalisieren. Das alles vor dem Hintergrund beängstigender geopolitischer Herausforderungen. Wie soll das gehen, wenn man dafür nicht mehr Geld in die Hand nimmt?!

Die Schuldenbremse ist schon längst eine Investitionsbremse. Kein normaler Mensch, kein Unternehmen würde privat so handeln. Wenn das Dach Löcher hat, warte ich nicht mit der Sanierung, bis es mir auf den Kopf fällt. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Schuldenbremse, die ohnehin die restriktivste weltweit ist. Selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung sieht das so. Und die sind nicht gerade verdächtig, mit dem Geld, um sich schmeißen zu wollen.

Ökonomen weltweit schütteln den Kopf über diese Fesseln, die wir uns mitten in den Jahrhundertaufgaben selbst anlegen. Wir brauchen Investition in die Zukunft, in Infrastruktur und Bildung. Wir brauchen mehr und bessere Anreize für Unternehmen, hier in Deutschland zu investieren.

Aber weil wir nicht wahllos Gelder an Unternehmen verschenken wollen – wie manche jetzt mit ihren Ideen zur allgemeinen Senkung der Unternehmenssteuer vorschlagen – wollen wir Zusagen, Sicherheiten, dass die Förderungen sinnvoll und nachhaltig sind für unseren Wohlstand.

Was passiert, wenn man darauf verzichtet, also wenn man Unternehmen keine Arbeitsplatzgarantie und Standorttreue abverlangt, das sieht man jetzt bei Tesla in Brandenburg. Dort bangen die Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz.



Wer Steuergelder bekommt, der muss Standorttreue zusagen und tarifgebunden sein. Das wäre der richtige Weg. Und wer die wirklich gebeutelten energieintensiven Industrien stützen will, sollte endlich die Energiepreise runterdrücken. Wenigstens durch die steuerliche Kompensation der Netzentgelte. Da hätten dann auch alle was von.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mehr Sicherheit – das ist es, was wir eben auch mit Tarifverträgen schaffen. Aber unter diesen direkten Schutz fällt nur noch gut die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland. Wir fordern daher eine Tarifwende. Und voran gehen muss der Staat selbst. Wir sagen: keinen Cent Steuergeld für Tariffucht. Keinen Cent Steuergeld für Lohndumping. Wir fordern: her mit einem echten Bundestariftreuegesetz!

Denn die Tariffüchtigen auf Arbeitgeberseite verursachen einen volkswirtschaftlichen Schaden von 130 Milliarden Euro – jedes Jahr. Das ist die Folge von entgangenen Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Kaufkraft.

Gerade in Zeiten des Wandels brauchen Beschäftigte aber verlässliche Arbeitsbedingungen. Tarifverträge sind die Voraussetzung für Vertrauen in die Transformation und für saubere Märkte und fairen Wettbewerb!

Tarifverträge sind das gute Recht der Beschäftigten. Ich sage den Arbeitgebern: Wenn ihr Sozialpartnerschaft wollt, dann treibt uns nicht in einen tariflichen Häuserkampf. Dann beendet endlich die Tariffucht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mehr Lohn, mehr Freizeit und mehr Sicherheit! Das kann es nur mit den Gewerkschaften geben – nur mit eurem Engagement.

Auch in diesem Jahr stehen Tarifverhandlungen für rund zwölf Millionen Beschäftigte an. Ich sehe hier die Kolleginnen und Kollegen der IGBAU, der IG BCE und der IG Metall. Euch allen im Bauhauptgewerbe, der Chemieindustrie und der Metall- und Elektroindustrie wünsche ich viel Erfolg – setzt Zeichen und mobilisiert die Beschäftigten!

Und das letzte Jahr gibt Euch nochmal Rückenwind. Das zeigen auch die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften. Ihr alle konntet im vergangenen Jahr 437.000 Menschen davon überzeugen, Teil unserer gemeinsamen Bewegung zu werden. Jeden einzelnen Tag haben sich fast 1.200 Menschen für die Mitgliedschaft in einer unserer Gewerkschaften entschieden. Das ist großartig. Das gibt Kraft. Danke!

Wir sind eine starke, wir sind eine solidarische Gemeinschaft! Unser Ziel ist sozialer Fortschritt, gute Arbeit und ein gutes Leben!

Oder eben anders gesagt: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit! Ich freue mich, dieses große Projekt mit Euch gemeinsam angehen zu dürfen.

Glück auf!